



Niederschrift Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 27.06.2019
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:15 Uhr
Ort, Raum:	Bürgersaal des Stadthauses
Sitzungsnummer	STV/031/19

- 1 Bericht des Magistrats
- 1.1 Gewährung einer Förderung im Rahmen der Planung/Einrichtung eines virtuellen Familienzentrums in Gernsheim
- 1.2 Erläuterungen zum zeitlichen Ablauf und zum Sachstand zur wasserrechtlichen Situation des Gernsheimer Stadtwaldes
- 1.3 Bauernmarkt am Samstag, dem 15. Juni 2019
- 1.4 Mobiles Weingut 2019
- 1.5 25-jähriges Jubiläum der Maria-Jockel-Kindertagesstätte am Samstag, dem 15. Juni 2019
- 1.6 Gemarkungsrundgang am Sonntag, dem 16. Juni 2019
- 1.7 Erster Spatenstich Baugebiet Ringstraße 2, 2. Abschnitt
- 2 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers
- 3 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim
Aufstellung eines Bauleitplans mit der Bezeichnung Bebauungsplan „Wohnanlage zwischen Kiefern- und Buchenweg“
 - a) Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13a BauGB und der berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13a BauGB
 - b) Satzungsbeschluss nach §§ 5 Hessische Gemeindeordnung (HGO) und 10 Bauge-setzbuch (BauGB)Beschlossen durch Magistrat am 17.04.2019
Vorlage: 0088/S/19
- 4 Beschluss nach §100 HGO - Überplanmäßige Auszahlungen
Beschlossen durch Magistrat am 15.05.2019
Vorlage: 0089/S/19
- 5 Kenntnisnahme des 1. Finanzberichts 2019 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO
Beschlossen durch Magistrat am 29.05.2019
Vorlage: 0122/S/19

- 6 Einführung Freiwilliger Polizeidienst im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit
Beschlissen durch Magistrat am 29.05.2019
Vorlage: 0133/S/19
- 7 Änderung oder Aufhebung der Straßenbeitragssatzung vom 07.06.2006
Antrag der FWG vom 14.02.2019, eingegangen am 14.02.2019 sowie
Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 25.02.2019, eingegangen am
25.02.2019 sowie Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 07.03.2019,
eingegangen am 07.03.2019, sowie Änderungsantrag zum Ergänzungsantrag der
FDP-Fraktion vom 12.03.2019, eingegangen am 12.03.2019 sowie
Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2019 zum Änderungsantrag der
FDP, eingegangen am 27.06.2019 sowie Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom
27.06.2019, eingegangen am 27.06.2019
in Verbindung mit der Vorlage 0026/S/19 Prüfantrag der SPD-Fraktion vom
08.03.2019, eingegangen am 08.03.2019
Vorlage: 0033/S/19
- 8 Grundsteuerreform auf den Weg bringen, Flickenteppich vermeiden
Resolutionsantrag der SPD-Fraktion vom 28.05.2019, eingegangen am
29.05.2019
Vorlage: 0134/S/19
- 9 Anwendung des Teilhabechancengesetzes für Langzeitarbeitslose auf dem
allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt bei der Stadt Gernsheim
Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 27.05.2019, eingegangen am 29.05.2019
Vorlage: 0135/S/19
- 10 Verkehrsgarten
Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 30.05.2019, eingegangen am 31.05.2019
Vorlage: 0136/S/19
- 11 "Digitale Dorflinde" - öffentliches WLAN in Gernsheim
Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 02.06.2019, eingegangen am 03.06.2019
Vorlage: 0139/S/19
- 12 Neu: Verbesserter Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner/innen
von Feuerwehrleuten
Resolutionsantrag der FDP-Fraktion vom 26.04.2019, eingegangen am
26.04.2019; Protokollauszug aus der Sitzung HFA vom 18.06.2019
Vorlage: 0104/S/19
- 13 Anfragen

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Herr Kaspar teilt mit, dass Herr Wilhelm Georg Nikolaus Schäfer am 28.05.2019 im Alter von 79 Jahren verstarb. Herr Kaspar geht auf die kommunalpolitischen Tätigkeiten von Herrn Schäfer ein, die er über einen Zeitraum von über 10 Jahren leistete. Im Anschluss erfolgt eine Gedenkminute.

Herr Kaspar teilt Folgendes mit:

Auf den Tischen wurde verteilt:

Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2019, eingegangen am 27.06.2019, zum Änderungsantrag 0033/S/19 der FDP-Fraktion

Protokollauszug aus der Sitzung HFA vom 18.06.2019, TOP 11, als Tischvorlage zur Abstimmung in der STVV unter TOP 12 „neu“

Zeitschrift Information Hessischer Städtetag, Ausgabe 5-6/2019

Hessische Städte- und Gemeindezeitung, Ausgabe 6

Einladung zum PRE-Opening des Rewe-Marktes am 17.07.2019

Programmheft „Kultursommer Südhessen 2019“

Programmheft „Tage der Industriekultur Rhein-Main, Baukultur“

Informationsblatt zur Veranstaltung „Der sichere Umgang mit einem Rollator“

Schreiben Hessischer Städte- und Gemeindebund vom 26.06.2019
„Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben“

Für die heutige Sitzung hat sich entschuldigt:
Frau Young

Interessenkollisionen

Zu folgenden Tagesordnungspunkten weist Herr Stadtverordnetenvorsteher auf eventuell bestehende Interessenkollisionen hin:

TOP 3 - Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim, Vorlage: 0088/S/19

TOP 4 - Beschluss nach § 100 HGO, Vorlage: 0089/S/19

TOP 7 - Änderung oder Aufhebung Straßenbeitragssatzung,
Vorlage 0033/S/19

TOP 14 - An- und Verkauf von Grundstücken, Vorlage: 0117/S/19

Zur Tagesordnung:

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kasper erklärt, dass der Tagesordnungspunkt 8, Vorlage 0134/S/19 „Grundsteuerreform auf den Weg bringen, Flickenteppich vermeiden“ der SPD Fraktion bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses seitens des Antragstellers zurückgezogen wurde.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar führt zu Tagesordnungspunkt 12, Vorlage 0140/S/19 „Erweiterung des Versicherungsschutzes der Gernsheimer Feuerwehren“ aus, dass dieser bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses seitens des Antragstellers zurückgezogen wurde. Somit ist der Resolutionsantrag 0104/S/19 der FDP-Fraktion aus der letzten Sitzungsrunde „Verbesserter Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartnerinnen von Feuerwehrleuten“ obsolet. Seitens der Verwaltung wurde der Resolutionsantrag zum Versenden vorbereitet aber noch nicht verschickt.

Herr Bürgermeister Burger beantragt, den auf den Tischen verteilten Protokollauszug des Tagesordnungspunktes 11 aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses als Dringlichkeitsantrag TOP 12 „neu“ auf die Tagesordnung zu setzen, um den Beschluss aus der letzten Sitzungsrunde als erledigt zu erklären, damit auf den Versand der Resolution verzichtet werden kann.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 28 (15 CDU, 9 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG)
Nein-Stimmen : 1 (FDP)
Enthaltung : 1 (FDP)

Herr Bürgermeister Burger erklärt, dass der TOP 6, Vorlage 0133/S/19 „Einführung Freiwilliger Polizeidienst“ wegen weiterem Informations- und Beratungsbedarf seitens der Verwaltung zurück gestellt wird.

Herr Bürgermeister Burger beantragt, den Tagesordnungspunkt 14, Vorlage 0117/S/19 „An- und Verkauf von Grundstücken“ in nicht-öffentlicher Sitzung zu behandeln.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

Herr Stadtverordnetenvorsteher weist darauf hin, dass zum Tagesordnungspunkt 7 ein Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2019 eingegangen ist.

Herr Kummertat kündigt an, dass zum Tagesordnungspunkt 7 seitens der FDP-Fraktion ein weiterer Änderungsantrag in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wird.

1 Bericht des Magistrats

1.1 Gewährung einer Förderung im Rahmen der Planung/Einrichtung eines virtuellen Familienzentrums in Gernsheim

Am 28.03.2019 wurden finanzielle Mittel beim Fachbereich Jugend und Familie des Kreisausschusses Groß-Gerau für die prozessorientierte Beratung und Begleitung eines Einrichtungsteams beantragt. Mit Mail vom 24.06.2019 wurde vorab seitens des verantwortlichen Fachbereichs mitgeteilt, dass eine Förderung in Höhe von 1.000,00 EUR für das Haushaltsjahr 2019 gewährt wird. Der Bescheid in schriftlicher Form wird in den nächsten Tagen erfolgen. In einer der nächsten Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung wird über den Fortgang des Projektes berichtet.

1.2 Erläuterungen zum zeitlichen Ablauf und zum Sachstand zur wasserrechtlichen Situation des Gernsheimer Stadtwaldes

Das Regierungspräsidium Darmstadt hat mit Bescheid vom 07. März 2018 der Hessenwasser die Bewilligung erteilt, aus 15 Gewinnungsanlagen des Wasserwerks Allmendfeld Grundwasser in einer Menge von bis zu 12,8 mio³/a zum Zwecke der öffentlichen Wasserversorgung zu entnehmen. Zusätzlich wurde die sogenannte gehobene Erlaubnis auf eine weitere Menge von bis zu 5,0 m³/a erteilt. Die Gesamtentnahme darf 17,8 Mio. m³/a nicht überschreiten.

Die Zulassung wurde befristet mit Ablauf des 31. Dezember 2047.

Die Verwaltung hat zur Fristenwahrung Herrn Rechtsanwalt Dr. Stapelfeldt beauftragt, Klage vor dem Verwaltungsgericht Darmstadt zu erheben. Die Klage wurde am 03.04.2018 eingereicht. Die Erfolgsaussichten einer Klage können nur schwer eingeschätzt werden.

Zu bedenken ist jedoch, dass im Falle eines Verzichts auf die Klage die wasserrechtliche Situation bis Ende 2047 so bleibt oder sich durch die Erhöhung der Fördermengen sogar noch verschlechtern kann.

Diese Klage stellt die letzte Chance dar, rechtlich gegen die Grundwasserförderung vorzugehen und im Verantwortungsbewusstsein für die nachfolgenden Generationen zu handeln.

Die Klage dient zudem als potentiell Druckmittel zur Verbesserung von Entschädigungsregelungen gegenüber dem Wasserversorger als auch dem Wasserverband.

1.3 Bauernmarkt am Samstag, dem 15. Juni 2019

Am Samstag, dem 15. Juni 2019, fand der 6. Gernsheimer Bauernmarkt auf dem Schöffersplatz statt.

Leider hatten 3 von 18 Anbietern ihre Teilnahme kurzfristig abgesagt, sodass 3 Standplätze nicht besetzt waren. Die Besucherzahl war in diesem Jahr geringer als in den vergangenen Jahren, die teilnehmenden Gernsheimer Vereine und Firmen waren mit dem Umsatz jedoch zufrieden. Der Dank gilt den Mitarbeitern des Bauhofs der Schöffersstadt Gernsheim, die sowohl beim Aufbau als auch beim Abbau tätig waren.

1.4 Mobiles Weingut 2019

Am Freitag, dem 07. Juni 2019, fand die Auftaktveranstaltung des „Mobiles Weinguts“ auf dem Stadthausplatz statt. Auch in diesem Jahr wird das „Mobile Weingut“ sehr gut nachgefragt. Die teilnehmenden Winzer zahlten im 1. Quartal 2019 erstmals ein Standgeld in Höhe von jeweils 150,00 € und haben in diesem Zug auch die Verantwortung für den jeweiligen Veranstaltungstag erhalten. Der Ausschank wurde wie in den vergangenen Jahren definiert im Zeitraum von 17:00 bis 21:00 Uhr; daran halten sich die Winzer.

1.5 25-jähriges Jubiläum der Maria-Jockel-Kindertagesstätte am Samstag, dem 15. Juni 2019

Am Samstag, dem 15. Juni 2019, wurde das 25-jährige Bestehen der Maria-Jockel-Kindertagesstätte gefeiert. Zahlreiche Kinder, Eltern, ehemalige und aktive Erzieherinnen, Vertreter der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats sowie weitere Gäste nahmen an dieser Feier teil. Die Schöffersstadt Gernsheim bedankt sich bei allen Eltern, dem Elternbeirat, allen Erzieherinnen und weiteren Beteiligten, die zum Gelingen dieses Jubiläumstages mit integriertem Spielfest beigetragen haben. Gernsheimer Vereine übernahmen das Speiseangebot und trugen ebenfalls zur schönen Tagesgestaltung bei.

1.6 Gemarkungsrundgang am Sonntag, dem 16. Juni 2019

Rund 50 Personen nahmen an dem diesjährigen Gemarkungsrundgang teil, der am Sonntag, dem 16. Juni 2019, gemeinsam mit dem Odenwaldklub durchgeführt wurde. Unser besonderer Dank gilt Herrn Helmut Unger, der die vorgeschlagene Route vorab abgefahren ist. Die Teilnehmer konnten sich über das Baugebiet Ringstraße 2 und über die Ortsumgehung B 44 –neu – Klein-Rohrheim informieren. Die Schöffersstadt Gernsheim dankt den Verantwortlichen des Tierschutzvereins Gernsheim, die die Besichtigung des Tierheims inkl. der Quarantänestation ermöglichten sowie dem Verein für Deutsche Schäferhunde für die Bewirtung zum Abschluss des Gemarkungsrundgangs.

1.7 Erster Spatenstich Baugebiet Ringstraße 2, 2. Abschnitt

Am Montag, dem 17. Juni 2019, fand um 14:00 Uhr der 1. Spatenstich für das Baugebiet Ringstraße 2, 2. Abschnitt, statt. An diesem Termin nahmen neben den Baufirmen, der Energieversorger auch Vertreter der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats sowie des TSV Gernsheim und der Presse teil. Die Baukosten betragen ca. 5,5 Mio. € brutto. Es entstehen bis zu 400 Wohneinheiten: 92 Grundstücke zur Bebauung mit Einzel- bzw. Doppelhäusern, 9 Grundstücke zur Bebauung mit Reihenhäusern und 5 Grundstücke zur Bebauung im Geschosswohnungsbau. Die Hälfte der Vergabe der Grundstücke erfolgt über gesonderte Vergaberichtlinien, die andere Hälfte erfolgt über Verlosung.

2 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers

Herr Kaspar teilt mit, dass der Bericht des Stadtverordnetenvorstehers in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung entfällt.

3 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim Aufstellung eines Bauleitplans mit der Bezeichnung Bebauungsplan „Wohnanlage zwischen Kiefern- und Buchenweg“

a) Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13a BauGB und der berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13a BauGB

b) Satzungsbeschluss nach §§ 5 Hessische Gemeindeordnung (HGO) und 10 Bauge-setzbuch (BauGB)

Beschlossen durch Magistrat am 17.04.2019

Vorlage: 0088/S/19

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar weist zum Tagesordnungspunkt 3 auf bestehende Interessenkollisionen hin. Daraufhin verlassen Herr Bürgermeister Burger, Frau Stadträtin Saltzer, Herr Stadtrat Zeißler, Herr Jirele und Frau Rittberger-Göbler den Sitzungsraum.

Die Abstimmung erfolgt getrennt nach a) und b).

BESCHLUSS:

Beschlussfassungen zu a):

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt den Beschlussempfehlungen zu den vorliegenden Stellungnahmen aus der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13a BauGB) und der Beteiligung der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13a BauGB) während der Auslegungsfrist gemäß Anlage zu.

Beschlussfassung zu b):

Nachdem der Entwurf des Bebauungsplans mit der Bezeichnung Bebauungsplan „**Wohnanlage zwischen Kiefern- und Buchenweg**“ mit zugehöriger Begründung sowie Umweltfachbeitrag einschließlich Artenschutzprüfung öffentlich ausgelegen hat, der Öffentlichkeit und den berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde, die vorliegenden Stellungnahmen von der Stadtverordnetenversammlung durch Beratung und Beschlussfassung abgewogen wurden, beschließt die Stadtverordnetenversammlung den vorliegenden Entwurf des Bauleitplans mit der Bezeichnung Bebauungsplan „**Wohnanlage zwischen Kiefern- und Buchenweg**“ mit Begründung als Satzung. Der Magistrat wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplans als Satzung ortsüblich bekannt zu machen und die Rechtskraft herbeizuführen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu a): Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu b): Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

Herr Bürgermeister Burger, Frau Stadträtin Saltzer, Herr Stadtrat Zeißler, Herr Jirele und Frau Rittberger-Göbler nehmen wieder an der Sitzung teil.

**4 Beschluss nach §100 HGO - Überplanmäßige Auszahlungen
Beschlossen durch Magistrat am 15.05.2019
Vorlage: 0089/S/19**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar weist zum Tagesordnungspunkt 4 auf bestehende Interessenkollisionen hin. Daraufhin verlassen Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar, Herr Stadtrat Jung und Frau Kaspar den Sitzungsraum.

Herr stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Hillerich übernimmt die Sitzungsleitung.

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Bereitstellung von überplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von brutto 120.000,-- EUR gemäß § 100 HGO. Die Deckung erfolgt über I-54101021 – Straßennetz IG Ost.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar, Herr Stadtrat Jung und Frau Kaspar nehmen wieder an der Sitzung teil. Herr Kaspar übernimmt die Sitzungsleitung.

- 5 Kenntnisnahme des 1. Finanzberichts 2019 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO
Beschlossen durch Magistrat am 29.05.2019
Vorlage: 0122/S/19**

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 1. Finanzbericht 2019 zum Buchungsstand 20.05.2019 gemäß § 28 Abs. 1 GemHVO zur Kenntnis.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: zur Kenntnis genommen

- 6 Einführung Freiwilliger Polizeidienst im Rahmen einer interkommunalen
Zusammenarbeit
Beschlossen durch Magistrat am 29.05.2019
Vorlage: 0133/S/19**

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung befürwortet die Einführung eines Freiwilligen Polizeidienstes im Rahmen einer Interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden Biebesheim am Rhein, Stockstadt am Rhein und der Schöffersstadt Gernsheim.

Der Magistrat wird beauftragt, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit den Gemeinden Biebesheim am Rhein und Stockstadt am Rhein sowie dem Land Hessen abzuschließen.

Die erforderlichen Mittel werden unter Berücksichtigung der zu erwartenden Bezuschussung durch das Land Hessen in der Finanzplanung 2020 ff. eingestellt.

Bereits zu Beginn der Sitzung wurde dieser Antrag seitens der Verwaltung zurückgestellt.

- 7 **Änderung oder Aufhebung der Straßenbeitragssatzung vom 07.06.2006
Antrag der FWG vom 14.02.2019, eingegangen am 14.02.2019 sowie
Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 25.02.2019, eingegangen am
25.02.2019 sowie Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 07.03.2019,
eingegangen am 07.03.2019, sowie Änderungsantrag zum
Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 12.03.2019, eingegangen am
12.03.2019 sowie Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2019 zum
Änderungsantrag der FDP, eingegangen am 27.06.2019 sowie
Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 27.06.2019, eingegangen am
27.06.2019
in Verbindung mit der Vorlage 0026/S/19 Prüfantrag der SPD-Fraktion vom
08.03.2019, eingegangen am 08.03.2019
Vorlage: 0033/S/19**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar stellt fest, dass sich zu diesem Tagesordnungspunkt folgende Anträge im Geschäftsgang befinden:

- Antrag der FWG vom 14.02.2019, Punkt 1

„Die FWG Gernsheim beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung folgenden Punkte zu beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt für die SSV eine Beschlussvorlage zu erstellen, in der die Straßenbeitragssatzung vom 07.06.2006 dahingehend abgeändert oder aufgehoben wird, damit zukünftige Kosten für Straßensanierungen komplett aus dem Haushalt zu finanzieren sind.“

- Änderungsantrag zum Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 12.03.2019

Die FDP-Fraktion beantragt, den Antrag der FWG wie folgt zu ergänzen:

"Aufgrund der §§ S, 51 und 93 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBI Seite 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Mai 2018 (GVBI Seite 247), der §§ 1 bis 5a,6a,II des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben in der Fassung vom 24. März 2013 (GVBI Seite 134), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Mai 2018 (GVBI Seite 247), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gernsheim in der Sitzung am 20.03.2019 folgende Satzung über die Aufhebung der Straßenbeitragssatzung der Stadt Gernsheim beschlossen:

§1

Die Straßenbeitragssatzung der Stadt Gernsheim zur Erhebung einmaliger Straßenbeiträge vom 23.05.2006, in Kraft getreten am 07.06.2006, wird aufgehoben.

§2

Diese Aufhebungssatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Die Satzung wird hiermit ausgefertigt.

- Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2019 zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Herr Kaspar weist darauf hin, dass hier die Interessenkollision für die Zwingenberger Straße, Darmstädter Straße und Claus-Kroencke-Straße gegeben ist.

„Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen und genannten Antrag um einen weiteren Punkt zu ergänzen:

Um eine Ungleichbehandlung der sanierten Straßen zu vermeiden, wird die Straßenbeitragssatzung rückwirkend zum 07.06.2018 aufgehoben.“

Zu diesen formalen Feststellungen gibt es auf Nachfrage von Herrn Kaspar keinen Widerspruch.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar vergewissert sich bei Herrn Kummetat, ob dieser für die FDP-Fraktion einen weiteren Antrag stellen wird, wie dieser bereits zu Beginn der Sitzung angekündigt hat. Herr Kummetat stimmt dem zu.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar weist nun nochmals zum Tagesordnungspunkt 7 auf bestehende Interessenkollisionen hin. Daraufhin verlassen Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar, Herr Bürgermeister Burger, Herr Stadtrat Jung, Herr Stadtrat Weinmann, Herr Fertig, Frau Kaspar und Herr Bayer den Sitzungsraum.

Herr stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Hillerich übernimmt die Sitzungsleitung.

Herr Kummetat übergibt für die FDP-Fraktion einen Änderungsantrag vom 27.06.2019 zu den vorliegenden Anträgen zur Änderung bzw. Aufhebung der Straßenbeitragssatzung 0026/S/19 und 0033/S/19 der CDU, SPD, FWG, FDP:

„In Anbetracht der Bedeutung des Gegenstandes der Anträge im Allgemeinen und des heute von CDU eingereichten Ergänzungsantrages der CDU im Besonderen stellt die FDP den Antrag zur Verschiebung des Gesamtantrages auf die Stadtverordnetenversammlung am 21.08.2019 und nachstehende Einzelheiten zu berücksichtigen:

1. Den möglichen Zeitpunkt zur Aufhebung der Straßenbeitragssatzung mit der Einführung der Neuregelung des Kommunalen-Abgaben-Gesetzes am 06. Juni 2018 gleichzusetzen, würde mögliche Probleme bei einer Rückdatierung sehen ansatzweise lösen können.

2. Ob wir damit rechtlich abgesichert sind, sollte der Magistrat mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund bzw. Hessischen Städtetag klären. Gleichzeitig ist dabei zu klären, wie eingeleitete Zahlungen aus der Straßenbeitragssatzung behandelt werden vor dem Hintergrund der verabschiedeten Haushaltssatzungen 2018 und 2019. Nicht vergessen werden dürfen dabei Zahlungen von Verpflichtungen aus der Straßenbeitragssatzung aus früheren Jahren insbesondere bei Stundungen.

3. Da es sich mit der Aushebung der Straßenbeitragssatzung um eine Maßnahme von allgemeiner Bedeutung für die gesamte Bevölkerung handelt sollten sich die Fraktionen und FWG zusammenfinden, um eine von allen getragene Lösung zu entwerfen. Hierbei ist insbesondere an eine mögliche Gegenfinanzierung gedacht, wobei daran eine täglich zu erwartende und vom Bundesverfassungsgericht geforderte Änderung der Grundsteuer einen erheblichen Einfluss haben sollte. Insofern sind weitere zeitliche Änderungen nicht auszuschließen.“

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen, um den Antrag zu kopieren und verteilen.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung nehmen den Antrag inhaltlich zur Kenntnis.

Herr stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Hillerich setzt die Sitzung fort und erklärt zu dem neu eingebrachten FDP-Antrag, dass ein Antrag auf Verschiebung nur durch den Antragsteller selbst zulässig ist. Er fragt daher Herrn Diller, ob über den FWG-Antrag in der heutigen Sitzung abgestimmt werden soll oder ob der Antrag auf die nächste Sitzungsrunde verschoben werden soll.

Herr Diller erklärt, dass er die Abstimmung seines Grundantrages 0033/S/19 in der heutigen Sitzung wünscht.

Der in der heutigen Sitzung eingebrachte Antrag der FDP-Fraktion vom 27.06.2019 wird seitens Herrn Kummertat zurückgezogen.

Herr stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Hillerich erklärt, dass in der Reihenfolge des jeweils weitest gehenden Antrags abgestimmt werden soll und benennt die Reihenfolge, gemäß der formalen Feststellung von Herrn Kaspar zu Eintritt in den Tagesordnungspunkt 7:

1. Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2019 zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion
2. Änderungsantrag zum Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 12.03.2019
3. Antrag der FWG vom 14.02.2019, Punkt 1

Nach einer kontrovers geführten Aussprache bittet Herr Bolenz um namentliche Abstimmung. Herr Jirele beantragt gem. § 26. Abs. 5 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung die namentliche Abstimmung für alle 3 Anträge.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zum Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 24.06.2019 zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion: Zustimmung

Ja-Stimmen : 23 (CDU: Frau Chmura, Herr Conradi, Herr Bang, Frau Bonifer, Herr Bolenz, Herr Fetsch, Herr Fritsch, Herr Geiger, Herr Hillerich, Frau Kunkel, Frau Nicolai, Herr Trock, SPD: Frau Draut, Frau Fletterich, Frau Goetz, Herr Hefermehl, Herr Jirele, Frau Kade, Frau Moser, Herr Thumm, Bündnis 90/Die Grünen: Herr Bornhofen, Herr Piscopia, Frau Saltzer)

Nein-Stimmen : 3 (FDP: Herr Kummetat, Frau Rittberger-Göbler, FWG: Herr Diller)

Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: zum Änderungsantrag zum Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 12.03.2019: Ablehnung

Ja-Stimmen : 13 (CDU: Herr Fetsch, Herr Bolenz, SPD: Frau Draut, Frau Fletterich, Frau Goetz, Herr Hefermehl, Frau Kade, Herr Jirele, Frau Moser, Herr Thumm, FDP: Herr Kummetat, Frau Rittberger-Göbler, FWG: Herr Diller)

Nein-Stimmen : 13 (CDU: Herr Bang, Frau Bonifer, Frau Chmura, Herr Conradi, Herr Fritsch, Herr Geiger, Herr Hillerich, Frau Kunkel, Frau Nicolai, Herr Trock, Bündnis 89/Die Grünen: Herr Bornhofen, Herr Piscopia, Frau Saltzer)

Enthaltung : -

Herr stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Hillerich stellt fest, dass bei Stimmengleichheit der FDP-Antrag als abgelehnt zu bewerten ist und somit über den Antrag der FWG vom 14.02.2019 nicht mehr abzustimmen ist.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar, Herr Bürgermeister Burger, Herr Stadtrat Jung, Herr Stadtrat Weinmann, Herr Fertig, Frau Kaspar und Herr Bayer nehmen wieder an der Sitzung teil. Herr Kaspar übernimmt die Sitzungsleitung.

**8 Grundsteuerreform auf den Weg bringen, Flickenteppich vermeiden
Resolutionsantrag der SPD-Fraktion vom 28.05.2019, eingegangen am
29.05.2019
Vorlage: 0134/S/19**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Resolutionsantrag vorgelegt:

„Wir beantragen und bitten die Stadtverordnetenversammlung folgende Resolution zu beschließen:

Die Schöfferstadt Gernsheim fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, die Reform der Grundsteuer, gemäß dem vorgelegten Gesetzesentwurf des Bundesfinanzministeriums unverzüglich zu beschließen.“

Der Antrag wurde seitens des Antragstellers bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zurückgezogen.

**9 Anwendung des Teilhabechancengesetzes für Langzeitarbeitslose auf dem
allgemeinen und sozialen Arbeitsmarkt bei der Stadt Gernsheim
Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 27.05.2019, eingegangen am 29.05.2019
Vorlage: 0135/S/19**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Prüfantrag vorgelegt:

„Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen ob und unter welchen Umständen in der Schöfferstadt Gernsheim gemäß den § 16e und § 16i SGB II des Teilhabechancengesetzes und/oder dem Förderinstrument "Eingliederung von Langzeitarbeitslosen" Langzeitarbeitslose eine sozialversicherungspflichtige berufliche Perspektive, in Tätigkeitsfeldern der Stadt Gernsheim geboten werden kann.“

Aufgrund der ausführlichen Erläuterungen von Herrn Bürgermeister Burger in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wird der Antrag von Herrn Jirele für die SPD-Fraktion als erledigt erklärt.

10 **Verkehrsgarten**
Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 30.05.2019, eingegangen am 31.05.2019
Vorlage: 0136/S/19

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Prüfantrag vorgelegt:

„Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird gebeten, Folgendes zu prüfen: Welchem finanziellen Aufwand bedarf es, den Verkehrsgarten zu ertüchtigen? In der Prüfung sollte eine Ausbesserung der Wege, deren Markierung und das Aufstellen von Verkehrsschildern sowie eventuell Sitzmöglichkeiten beinhaltet sein.“

Herr Bürgermeister Burger nimmt Bezug auf einen weiteren den Verkehrsgarten betreffenden Antrag der GUD-Fraktion aus dem Jahr 2015 (Antrag Nr. 0134/S/15) und erklärt, dass die Planung des Verkehrsgartens im städtebaulichen Entwicklungskonzept erst für den Zeitraum 2021/2022 vorgesehen ist. Die Art der Nutzung des Verkehrsgartens ist bisher nicht festgeschrieben. Herr Burger sichert zu, dass über beide Anträge Protokollauszüge als Arbeitsgrundlage an die Mitglieder der Magistratskommission Innenstadtentwicklung zur weiteren Bearbeitung weitergegeben werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

11 **"Digitale Dorflinde" - öffentliches WLAN in Gernsheim**
Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 02.06.2019, eingegangen am 03.06.2019
Vorlage: 0139/S/19

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Prüfantrag vorgelegt:

„Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim möge bitte prüfen:

- 1) Welche Standorte für öffentliches WLAN in Gernsheim geeignet sind. Dabei sollen auch die Stadtteile berücksichtigt werden.
- 2) Welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen, um Fördermittel aus dem Programm "Digitale Dorflinde" des Landes Hessen erhalten zu können.
- 3) Mit welchen Kosten bei der Einrichtung zu rechnen ist.“

Herr Bürgermeister Burger verweist in diesem Zusammenhang auf einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus dem Jahr 2015, der sich noch in der Umsetzung befindet.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung zu 1)

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung zu 2)

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung zu 3)

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

12

**Neu: Verbesserter Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner/innen von Feuerwehrleuten
Resolutionsantrag der FDP-Fraktion vom 26.04.2019, eingegangen am 26.04.2019; Protokollauszug aus der Sitzung HFA vom 18.06.2019
Vorlage: 0104/S/19**

Bereits zu Beginn der Sitzung wurde durch Herrn Bürgermeister Burger ein Dringlichkeitsantrag gestellt, den auf den Tischen verteilten Protokollauszug aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zum Resolutionsantrag 0104/S/19 der FDP-Fraktion „Verbesserter Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner/innen von Feuerwehrleuten“ vom 26.04.2019 als Tagesordnungspunkt 12 „neu“ auf die Tagesordnung zu nehmen:

„Auszug aus dem Protokoll der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom 18.06.2019

11

Neu:

Verbesserter Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner/innen von Feuerwehrleuten

Resolutionsantrag der FDP-Fraktion vom 26.04.2019, eingegangen am 26.04.2019

Vorlage: 0104/S/19

Bereits zu Beginn der Sitzung wurde darüber abgestimmt, den Resolutionsantrag 0104/S/19 der FDP-Fraktion „Verbesserter Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner/innen von Feuerwehrleuten“ vom 26.04.2019 als Tagesordnungspunkt 11 „neu“ auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Bürgermeister Burger erklärt, dass aufgrund des durch die FDP-Fraktion als erledigt erklärten Prüfantrages 0140/S/19 der Resolutionsantrag 0104/S/19 der FDP-Fraktion aus der letzten Sitzungsrunde „Verbesserter Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner/innen von Feuerwehrleuten“, somit obsolet geworden ist. Seitens der Verwaltung wurde der Resolutionsantrag zum Versenden vorbereitet aber noch nicht verschickt.

Herr Bürgermeister Burger beantragt folgenden Wortlaut in der Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2019 zu beschließen: **„Die in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.05.2019 beschlossene Resolution in Sachen „Verbesserter Versicherungsschutz für unverheiratete Lebenspartner/innen von Feuerwehrleuten“, Antrag 0104/S/19 der FDP-Fraktion vom 26.04.2019, wird als erledigt erklärt und auf einen Versand der Resolution wird verzichtet.“**

Herr Kaspar weist darauf hin, dass nach der geltenden Geschäftsordnung die Erweiterung der Tagesordnung um einen zusätzlichen Punkt als Dringlichkeitsantrag durch die Stadtverordnetenversammlung mit einer 2/3-Mehrheit beschlossen werden muss.

Der Protokollauszug des Tagesordnungspunktes 11 „neu“ aus dieser Sitzung dient als Tischvorlage zur Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2019.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig

Nein-Stimmen : -

Enthaltung : -„

Ende Protokollauszug

Frau Rittberger-Göbler befindet sich während der Abstimmung nicht im Raum.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 28 (15 CDU, 9 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 (FDP)

13 Anfragen

Für die heutige Sitzung liegen keine Anfragen vor.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar schließt die öffentliche Sitzung um 21:10 Uhr und verabschiedet die Zuschauer und die Vertreterin der Presse.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben
für die Tagesordnungspunk 1-3, 5, 5, 8-13
gez.

Stadtverordnetenvorsteher
Horst-Dieter Kaspar

gez.
Schriftführerin
Hü

Gelesen, genehmigt und unterschrieben
für die Tagesordnungspunkte 4 und 7

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher
Jan Hillerich

Vermerk:

Obwohl das Protokoll nur in Teilen gegengezeichnet ist, erlangt es durch die Veröffentlichung insgesamt Rechtskraft.

Gernsheim, den 22. August 2019

gez.
Horst-Dieter Kaspar
Stadtverordnetenvorsteher